

**Antworten auf die Wahlprüfsteine von
Arbeitgebervereinigung für Unternehmen aus
dem Bereich EDV und
Kommunikationstechnologie (AGEV) e. V.
anlässlich der Bundestagswahl 2021**



1.

Die Zahl der Selbstständigen sinkt seit Jahren massiv. Welche Konzepte haben Sie, um diesen für Deutschland bedrohlichen Trend umzukehren?

Wir GRÜNE wollen eine neue Kultur der Selbständigkeit und ein gesellschaftliches Innovationsklima schaffen. Für die Pandemiezeit haben wir von Anfang an einen Unternehmerlohn gefordert, um insbesondere die Situation der Soloselbständigen und Kleinstunternehmer*innen zu verbessern und Pleiten zu verhindern. Gute Ideen dürfen nicht an zu wenig Eigenkapital und zu viel Bürokratie scheitern. Darum bekommen Gründer*innen ein zinsfreies Gründungskapital von 25.000 Euro, das je nach Erfolg zurückgezahlt wird. Mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds erleichtern wir die Finanzierung von innovativen Startups. Wir wollen bessere Rahmenbedingungen: In den ersten zwei Jahren befreien wir Gründungen weitgehend von Melde- und Berichtspflichten und bieten Information, Beratung und Anmeldung aus einer Hand an (One-Stop-Shop). Wir wollen einfachere und attraktivere Steuer-Regeln bei Abschreibungen und Umsatzsteuer. Auch digital und personell gut aufgestellte Verwaltungen sorgen für weniger Bürokratie.

2.

Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse sinkt seit Jahren, obwohl Deutschland immer um sein Berufsausbildungssystem beneidet wurde. Der schon heute eklatante Facharbeitermangel, insbesondere in der wichtigen IT-Wirtschaft, vergrößert sich weiter. Was tun Sie dagegen?

Die Ursachen für den Fachkräftemangel sind vielfältig. Daher ist es notwendig, an vielen Stellschrauben anzusetzen. Zum einen wollen wir GRÜNE dafür sorgen, dass alle Potentiale ausgeschöpft werden. Über 3 Mio. Menschen sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Tausende Eltern arbeiten unfreiwillig in Teilzeit. Für Millionen Minijobber*innen lohnt sich nicht, zeitlich aufzustocken. Das alles sind Menschen, die gern mehr arbeiten würden, aber dafür nicht die geeigneten Bedingungen vorfinden. Hier wollen wir ansetzen: bessere Förderung und Vermittlung, passgenaue Arbeitszeiten, faire Löhne, attraktive Arbeitsbedingungen und mehr berufliche Aus- und Weiterbildung. Jede ungelernete Hilfskraft ist eine fehlende Fachkraft. Außerdem wollen wir besonders Mädchen für Digitalthemen begeistern, denn in der IT-Wirtschaft sind Frauen unterrepräsentiert. Auch leichtere qualifizierte Einwanderung gehört zu unserem Konzept gegen den Fachkräftemangel.

3.

Welche wirtschafts- und fiskalpolitischen Maßnahmen werden Sie einleiten, um die historisch hohe Verschuldung infolge der Pandemie zu überwinden.

Die gesamten Tilgungsverpflichtungen aus den Corona-Schulden sind sehr groß. Die Frist zur Tilgung in nur 17 Jahren ist zu kurz, denn ab dem Jahr 2026 werden sich die jährlich aufzubringenden Tilgungsraten voraussichtlich auf rund 18 Mrd. Euro pro Jahr belaufen. Dieser unnötig schnelle Tilgungsplan gefährdet die wirtschaftliche Erholung. Als einzige Partei überhaupt haben wir GRÜNE einen belastbaren Vorschlag, wie unsere Staatsfinanzen nachhaltig gestaltet werden können und die finanziellen Verpflichtungen aus der Pandemie abgebaut werden können. Der aktuelle Finanzplan der Bundesregierung offenbart große Finanzierungslücken. Wir sagen, wo der Staat sparen kann: umweltschädliche Subventionen abbauen, Straßenbau, unsinnige Rüstungsprojekte, zusammen sind

das mehr als 15 Mrd. Euro pro Jahr Einsparungen im Haushalt; härtere Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung, fairer Beitrag der Digitalkonzerne und der Finanzindustrie; moderate Erhöhung der Beiträge von hohem Einkommen und hohem Vermögen.

4.

Welche Strategie verfolgen Sie gegen Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur, aber auch kleine und große Unternehmen? Wie wollen Sie die Einflussnahme anderer Staaten auf die politische Willensbildung begrenzen?

Die Bedrohung durch intransparente Einflussnahmen und Manipulationen von demokratischen Diskursen und Willensbildungsprozessen ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Strukturen zur Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen stärken und kritische Infrastrukturen egal welcher Größe widerstandsfähig gegenüber den wachsenden Bedrohungen von Spionage, Cyber-Angriffen und Sabotage machen. Hierfür ist eine bessere Koordination maßgeblich. Wir setzen und ein für klare Verantwortlichkeiten und Rechtsgrundlagen für den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden und allen voran eine starke IT-Sicherheit in den Unternehmen. Auch mittelgroße Versorger müssen als Kritische Infrastruktur (KRITIS) berücksichtigt werden. Insbesondere für KMUs wollen wir IT-Sicherheitsberatung ermöglichen. Ein IT-SiG 3.0 muss mehr Sektoren erfassen und positive Anreize setzen, bspw. durch unabhängige Auditierungen und Zertifizierungen. Die Unabhängigkeit des BSI stärken wir.

5.

Welche Regulierungen planen Sie für die „Plattformarbeit“ und wie verhindern Sie, dass dadurch auch gut bezahlte, freiwillig Selbstständige belastet werden? Gehören für Sie auch IT-Selbstständige zu den Plattformarbeitern?

Wir GRÜNE wollen sicherstellen, dass auch Plattformarbeit fair ist. Besonders in der digitalen Welt verschwimmen die Grenzen zwischen Selbstständigkeit und Anstellung. Das führt bei vielen Gig-, Click- und Croudworkern zu großen Abhängigkeiten, geringen Einkommen und fehlendem sozialen Schutz. Wir betrachten Selbstständigkeit selbstverständlich nicht generell als prekär. Was wir allerdings kritisch sehen, ist, wenn Werk- oder Dienstverträge genutzt werden, um Sozialversicherungsbeiträge zu sparen oder arbeitsrechtliche Mindestbedingungen auszuhebeln. Diesen Missbrauch von Selbstständigkeit wollen wir verhindern. Aus diesem Grund setzen wir uns unter anderem dafür ein, das derzeitige Statusfeststellungsverfahren zu reformieren. Wir wollen es transparenter, schneller und rechtssicherer gestalten. Selbstständige mit projektbasierten Aufträgen werden vor bürokratischen Hürden und nachträglichen Statusaberkennungen zu schützen. Damit unterstützen wir echte Selbstständigkeit.

6.

Wie wollen Sie die geplante Altersvorsorgepflicht für Selbstständige ausgestalten? Werden Selbstständige, die bereits vorgesorgt oder ein bestimmtes Alter erreicht haben, ausgenommen? Wie würden Sie die dann notwendige Bürokratie minimieren?

Wir GRÜNE beabsichtigen, nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Dabei werden bereits bestehende private Altersvorsorgeformen sowie Altersgrenzen berücksichtigt. Langjährige Selbstständige, die bereits durch eigenes Vermögen oder privat vorgesorgt haben, genießen Vertrauensschutz. Daher soll bei der Einführung der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Altersgrenze mit großzügiger Stichtagsregelung gelten, damit noch ein ausreichender Aufbau von Rentenanwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung möglich ist.

7.

Wie stehen Sie zur Einführung eines pfändungs- und insolvenz sicheren Altersvorsorgedepots nach den Beispielen USA oder Schweden? Damit könnte ein Großteil der Bevölkerung eine

kostenarme, zusätzliche Versorgung erhalten und die gesetzliche Rentenversicherung massiv entlasten.

Wir GRÜNE schlagen einen anderen Weg vor, um die private wie die betriebliche Altersvorsorge einfacher und kostengünstiger zu gestalten: wir schaffen für die kapitalgedeckte Altersvorsorge einen öffentlich verwalteten Bürgerfond, also ein transparentes Standardprodukt mit niedrigen Kosten und attraktiven Renditen, das auch Selbstständige für ihre Altersvorsorge nutzen können. Dadurch ist nicht nur sichergestellt, dass die Menschen wissen, dass ihr Geld sicher und seriös angelegt ist; sie können sich auch sicher sein, dass in der Kapitalanlage soziale, ökologische und ethische Maßstäbe berücksichtigt werden.

8.

Welche Schritte planen Sie, um den beginnenden Eintritt der Babyboomer in den Ruhestand zu finanzieren, während gleichzeitig die ins Berufsleben eintretenden Jahrgänge nur noch halb so stark sind?

Ohne Gegenmaßnahmen droht in der Tat das Rentenniveau ab 2026 stark zu fallen und der Rentenbeitragssatz deutlich zu steigen. Für uns GRÜNE hat die langfristige Sicherung des aktuellen Rentenniveaus Priorität, denn dies sichert ihre Legitimität auch bei der jüngeren Generation. Dies wollen wir durch einen Maßnahmenmix erreichen: wir wollen die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Rückkehrrecht in Vollzeit erhöhen, ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer*innen verbessern. Die Situation prekär Beschäftigter wollen wir verbessern, denn auskömmliche Löhne tragen zu einer solideren Finanzierung der Rentenversicherung bei und schützen vor Altersarmut. Mit einem Steuerzuschuss flankieren wir diese Maßnahmen zur Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus und wirken damit den Folgen der Fehlfinanzierungen der Mütterrente und der Rente ab 63 entgegen. Eine stärkere Anhebung des Beitragssatzes kann mit diesem Maßnahmenpaket vermieden werden.